

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907**

28.6.1907 (No. 174)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 28. Juni.

№ 174.

1907.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das

III. Quartal

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 25. Mai d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Vorstande des Domänenamts Heidelberg, Domänenrat Heinrich Bach, das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Jahrgänge Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 2. Juni d. J. gnädigst geruht, den Vorstand des Domänenamts Heidelberg, Domänenrat Heinrich Bach, auf sein untätigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 20. Juni d. J. gnädigst geruht, den Oberamtsrichter Max Brugger in Waldshut in gleicher Eigenschaft nach Pforzheim zu versetzen.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 26. Juni d. J. wurde Betriebssekretär Friedrich Horschler in Weinheim zur Zentralverwaltung nach Karlsruhe verlegt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Zum Ministerwechsel im Reich und in Preußen.

Graf v. Posadowsky hat sich bereits von seinen bisherigen Räten verabschiedet und Herr v. Bethmann-Hollweg die Leitung des Reichsamts des Innern übernommen. Nachdem sich die erste Erregung über die durch den Ministerwechsel geschaffene neue Lage verflüchtigt hat, gelangt der größere Teil der Presse zu Folgerungen, denen wir sofort nach der vollzogenen Tatsache Ausdruck gegeben haben. Bemerkenswert an der amtlichen Mitteilung des Reichs- und Staatsanzeigers ist die Form, in der die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Finanzminister Freiherrn v. Rheinbaben veröffentlicht wird. Durch die gleichzeitige Bekanntmachung, sogar in demselben Satz, wird bezeugt, daß die verschiedenen Verfügungen in innerem Zusammenhange stehen. Dem Ministerdienstatte nach hätte, da Herr v. Tirpitz aus sachlichen Erwägungen nicht in Betracht kommen konnte, nicht Herr v. Bethmann-Hollweg, sondern Herr v. Rheinbaben den Anspruch geltend machen können, Vizepräsident des Staatsministeriums zu werden. Daß er übersprungen wurde, hätte eine Deutung erfahren können, als bestehe zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten nicht ein ausreichend vertrauensvolles Verhältnis; vielleicht sogar hätte der Schluß nahe gelegen, der Finanzminister solle zur Einreichung seines Rücktrittsgesuches veranlaßt werden. Diesen Auslegungen ist durch die Ordensverleihung vorgebeugt worden. Ueberdies ist ihnen der leitende Staatsmann auch in der Presse entgegengetreten. Somit wird Herr v. Rheinbaben keine gegen sich gerichtete Spitze in der Ernennung des dienstjüngeren Staatsministers v. Bethmann-Hollweg zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums erblicken dürfen. Eine solche Stelle hat es in Preußen nicht immer gegeben. Sie wurde erst geschaffen, als Fürst Bismarck die Erfahrung gemacht hatte, daß er eines erhöhten Einflusses auf die Geschäftsführung in Preußen bedürfe. Er hatte zeitweilig das Ministerpräsidium dem Grafen Noon überlassen; aber er nahm bald wahr, daß er als Reichskanzler die Wurzeln seiner Kraft in Preußen suchen müsse. Nach Noons Rücktritt übernahm Fürst Bismarck das Amt des Ministerpräsidenten wieder. Aber bei der Fülle seiner Geschäfte im Reich hielt er seine ständige Vertretung im preussischen Staatsministerium für geboten. Somit wurde am 9. November 1873 der Finanzminister Camphausen als Vizepräsident mit dieser Vertretung beauftragt. Das Experiment schlug nicht besonders glücklich

aus. Der leitende Staatsmann klagte viel über das preussische Ministerium und zerfiel mit Camphausen schließlich vollkommen. Er versuchte es dann auf anderem Wege. Auf seine Veranlassung wurde am 29. Mai 1878 Graf Otto Stolberg in das Staatsministerium berufen und zum Vizepräsidenten ohne Portefeuille ernannt. Im Juli übernahm er zugleich Bismarcks allgemeine Stellvertretung im Reich. Während der Schwerpunkt der Tätigkeit des Grafen Stolberg in der Reichsverwaltung lag, kehrte der Kanzler nach wenigen Jahren wieder zu der Idee zurück, einen preussischen Minister zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums zu ernennen. Herr v. Puttkamer ersah ihm als der rechte Mann. Dessen Nachfolger als Vizepräsident des Staatsministeriums wurde wieder ein Staatssekretär, ohne preussisches Portefeuille, Herr v. Boetticher, der dann abermals von einem preussischen Minister, Herrn Miquel, abgelöst wurde. So schwankte man hin und her, bis der jetzige Kanzler nach Miquels Entlassung auf den Gedanken kam, es gehe auch so, ohne Vizepräsidenten des Staatsministeriums. Neuerlich jedoch scheint er sich überzeugt zu haben, es gehe so nicht, zumal angesichts der Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus, wo die „Modopolitik“ gründlich durchkreuzt wurde. Also ist wieder ein Vizepräsident des Staatsministeriums ernannt und dazu wieder ein Staatssekretär des Innern bestellt worden, der in Preußen Minister ohne Portefeuille ist. Der Zweck dieser Einrichtung ist klar. Es soll die nötige Einheitlichkeit zwischen der Reichspolitik und der preussischen Politik hergestellt werden. Das natürliche Verhältnis ist nun sicherlich, daß das Reich den maßgebenden Einfluß auf Preußen, nicht das preussische kollegialische Staatsministerium den bestimmenden Einfluß auf die Reichspolitik, für die der Kanzler allein verantwortlich ist, ausübt. Deshalb muß es auch folgerichtig erscheinen, daß der allgemeine Stellvertreter des Reichskanzlers dessen Vertreter im preussischen Staatsministerium ist. Ein preussischer Ressortminister als Vizepräsident würde in erster Reihe die preussischen Interessen vertreten, nicht die Reichspolitik. Dazu aber brauchte man keinen Vizepräsidenten. Da würde zur Führung des Vorsitzes in den Fällen, wo der Ministerpräsident verhindert ist, der rangälteste Minister ausreichen. Soll aber der Vizepräsident des Staatsministeriums der Vertreter des Reichs in der preussischen Regierung sein, so ist dazu nach der Natur der Sache der Staatssekretär des Reichsamts des Innern eher berufen als der preussische Finanzminister.

### Die Schulen in Württemberg.

— Stuttgart, 26. Juni.

Die Abgeordnetenkammer hat an zwei aufeinander folgenden Tagen zwei Anträge angenommen, durch welche die Regierung ersucht wird, die Verstaatlichung 1. der höheren Schulen (Gymnasien usw.), 2. der Volksschulen in Erwägung zu ziehen. „Verstaatlichung“ heißt in diesem Falle Uebernahme der Kosten auf den Staat, der selbstverständlich jetzt schon einen sehr großen Teil der Kosten beider Schulgattungen trägt, der aber nunmehr veranlaßt werden soll, einen noch größeren Teil oder das Ganze zu tragen. Für den ersten Antrag: Verstaatlichung der höheren Schulen, stimmten Volkspartei, Deutsche Partei und Sozialdemokratie, für den zweiten: Verstaatlichung der Volksschulen, auch noch der Bauernbund. Somit stand das Zentrum als ablehnende Partei allein.

Der erste Antrag, auf Verstaatlichung der höheren Schulen, kam dem Hause überraschend. Er ging aus von dem Abg. Nägele, der seiner Berufsstellung nach selbst dem Stand der höheren Lehrer angehört. Vom beruflichen Interessenstandpunkt aus ist ja der Antrag auch ganz begrifflich. Schwerer zu verstehen ist, daß die ganze Fraktion der Volkspartei sich mit ihm identifizierte. Dies hatte aber seinen Grund nicht nur darin, daß man den Abg. Nägele, dem als einem Führer des Schwäbischen Abvereins die Volkspartei so viele Proporzstimmen verdankt, bei der ersten größeren Aktion, die er unternahm, nicht im Stich lassen wollte, sondern noch mehr in dem Umstand, daß der Berichterstatter zum Kultetat, Oberbürgermeister Gauß von Stuttgart, sich gleichfalls, wenn auch von ganz anderem Gesichtspunkt aus als sein Fraktionsgenosse Nägele, für eine Milderung des derzeitigen Rechtszustandes auf dem Gebiet des höheren Schulwesens einsetzte. Die gegenwärtige Stuttgarter Stadtverwaltung steht, wie mit so ziemlich sämtlichen

staatlichen Ressorts, so auch mit der Unterrichtsverwaltung, auf gespanntem Fuße. Was speziell die höheren Schulen betrifft, so findet die Stadtverwaltung den gegenwärtigen Rechtszustand, bei dem die Gemeinde nur zu zahlen, aber nichts drein zu reden habe, der Würde der Gemeinde nicht angemessen. Diese Auffassung fand ihre Rettifizierung durch den Kultminister, doch würde es zu weit führen, diese Auseinandersetzung hier zu verfolgen. Zu verwundern ist nur, daß die ganze Volkspartei, auch in ihren ländlichen Mitgliedern, sich von den speziellen Stuttgarter Beschwerden so weitgehend beeinflussen ließ, obwohl die Verstaatlichung des höheren Schulwesens bei den eigenartigen Verhältnissen, wie sie in Württemberg mit seinen vielen kleinen Landlateinschulen vorliegen, ohne Zweifel zum Nachteil des platten Landes ausschlagen müßte. Diesen Einwand, den auch der Kultminister nachdrücklich hervorhob, wollten allerdings manche Freunde des Antrags Nägele nicht gelten lassen, einen Gegenbeweis vermochte aber keiner von denen zu führen, die das unbequeme Argument bestritten. Es gibt in der Tat, wenn die Verstaatlichung durchgeführt wird, nur zwei Möglichkeiten bezüglich dieser kleinen Schulen: entweder ihre Aufhebung, wie sie denn auch der Berichterstatter Gauß ausdrücklich forderte, oder ein Nachgeben an die rivalisierenden Wünsche der Gemeinden, für die dann die Schranke der Kostentragung wegfällt, und damit erst recht eine nicht abzusehende „Hypertrophie“ an solchen kleinen Schulen. Die Deutsche Partei, deren Führer Dr. Sieber, seinem Verufe nach gleichfalls Gymnasiallehrer, für den Antrag Nägele mit eintrat, glaubte ihr Gewissen dadurch genügend salbiert zu haben, daß sie betonte, der Antrag fordere ja nur eine „Erwägung“ und nur in diesem Sinne stimme sie ihm zu. Mit einem solchen Vorbehalt ist freilich wenig genügt. Denn wer der Regierung eine derartige „Erwägung“ empfiehlt, der wünscht doch wohl, daß diese Erwägung zugunsten des ins Auge gefaßten Ziels ausfallen soll, der hilft zum mindesten eine Bewegung einleiten, die auf dieses Ziel zutreibt und der vielleicht später, wenn sie einmal in Lauf gekommen ist, nicht leicht mehr Einhalt getan werden kann. Die Sozialdemokratie stand anfangs nicht gut zu dem Antrag Nägele; denn sie befürchtete, sehr mit Recht, daß die Verstaatlichung der höheren Schulen der ihr viel mehr am Herzen liegenden Verstaatlichung der Volksschulen ungeschickt in die Quere kommen könnte. Sie gab daher ihre Zustimmung, ohne die der Antrag Nägele keine Mehrheit gefunden hätte, erst dann, als ihr Gegenleistung bei ihrem Antrag auf Verstaatlichung der Volksschule zugesichert war. Dieses Versprechen einzulösen wurde den Parteien, die sich in erster Linie für die Verstaatlichung der höheren Schulen engagiert hatten, nicht ganz leicht, wie sich bei den Debatten über den Antrag Hildenbrand an verschiedenen Anzeichen bemerklich machte. Und so fehlte denn auch hier wieder nicht der Hinweis, und zwar diesmal auch seitens der Volkspartei, daß es sich ja vorerst nur um eine Erwägung handle, und die Deutsche Partei insbesondere betonte, daß sie jedenfalls nur für eine „fortschreitende“, also allmähliche, nach und nach sich steigende Uebernahme der Volksschullasten auf den Staat zu haben sei. Das war also, wie der Kultminister sagte, Wasser in den Wein getan, und man muß nur fragen: warum den starken sozialdemokratischen Wein wässern, wenn man ihn doch alsbald wieder verwässern muß? Es erschien dies auch um so unnötiger, als gleichzeitig ein Antrag des Bauernbunds vorlag und zur Annahme gelangte, der Erhebungen darüber forderte, wie die Uebernahme der persönlichen Volksschullasten (d. h. der Lehrergehalte usw.) auf den Staat finanziell wirken würde. Dieser Antrag nimmt also nur einen Teil dessen in Aussicht, was der Antrag Hildenbrand fordert, und es ist immerhin eine eigenartige Situation, daß eine und dieselbe Mehrheit in einer und derselben Sache gleichzeitig einen radikalen und einen weniger weit gehenden Antrag annimmt. Daß sich trotz seines eigenen Antrags auch der Bauernbund zu der Mehrheit für den Antrag Hildenbrand gesellte, hat seinen Grund in einer gewissen Zwangslage; die Uebernahme auch der sachlichen Schullasten auf den Staat verpflichtet den Gemeinden natürlich noch eine größere Entlastung, als wenn es sich bloß um die Personalkosten handelt, und wer sich in solchen Fragen einmal auf den Boden der Popularität begibt, wird von jedem nachgezogen, der ihn überbietet.

### Die ungarisch-kroatische Krise.

Der Banus von Kroatien, Graf Theodor Pasjcevič, hat seine Demission gegeben. Diese Tatsache kennzeichnet das Stadium, in welches der Konflikt zwischen Ungarn und Kroatien getreten ist. Die Situation hat sich zur Krise zugepoint, und diese findet ihren Ausdruck in dem Rücktritt des Banus, des obersten Chefs der kroatischen Landesverwaltung, der sich in der eigentümlichen Zwitfteilung befindet, daß er einerseits ein Organ der ungarischen Zentralregierung, andererseits für seine amtliche Tätigkeit dem kroatischen Landtage verantwortlich ist. Der Rücktritt des Grafen Pasjcevič bedeutet, daß auch die letzten Kompromißverhandlungen gescheitert und die Dinge zum Bruch gelangt sind. Unter den kroatischen Abgeordneten hat die extrem-nationale Fraktion die Majorität erlangt.

Der Ausgangspunkt der Krise ist eine Sprachenfrage: die Bestimmung der Dienstesprache für Eisenbahnbeamte, welche besagt, daß die innere Amtssprache der ungarischen Staatsbahnen die ungarische ist und daß alle Beamte der Staatsbahnen, auch die in Kroatien, der ungarischen Sprache mächtig sein müssen. Die ungarische Regierung und das ungarische Parlament beharren auf dieser Bestimmung, die sie aus dem Wesen des nationalen ungarischen Staatsbegriffes und aus der ungarischen Staatsprache ableiten, und sie sind in der Aufrechterhaltung des Prinzips unbewegsam geblieben. Die Kroaten bekämpfen dieses Prinzip und sie stützen sich dabei auf die Stipulationen des Ausgleichsgesetzes, wonach auf dem Gebiete Kroatien-Slavoniens die kroatische Sprache die Sprache der Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtspflege ist und daselbst auch für die Organe der Zentralregierung die kroatische Sprache als Amtssprache bestimmt wird. Von ungarischer Seite wird dagegen bestritten, daß die Bahnämter Organe der Zentralregierung, die Staatsbahnbeamten Staatsbeamte seien. Allein eine Sprachenfrage wird selten nach juristischen Gesichtspunkten entschieden. Für die ungarische Koalition, in welcher die Unabhängigkeitspartei mit ihrem nationalisistischen Imperialismus das Uebergewicht ausübt, ist diese Sprachenfrage eine Frage der Autorität, für die kroatische Koalition ist sie eine Frage der Existenz. In den drei Jahrzehnten, während welcher die von den Revolutionisten geführte Nationalpartei am Ruder war, ist von Ungarn nie der Versuch gemacht worden, für Kroatien ein solches Sprachengesetz zu beschließen. Die Revolutionisten haben sich mit Geza Palonyi, als er noch Vollmachtträger der Unabhängigkeitspartei war, verbrüdet; man hat ihnen die Inkorporierung Dalmatiens in das dreieinige Königreich in Aussicht gestellt, und sie haben sich dafür unter die Fahnen der ungarischen Koalition gestellt. Aber auf dem ersten Wege finden sie das Sprachengesetz für die Staatsbahnen, und die Waffenbrüderschaft, die eben geschlossen wurde, vermandelt sich in leidenschaftlichen Kampf. Solche Erfahrungen wirken für eine Partei tödlich, zumal sie einen so rühmlichen, in der Wahl seiner Mittel so wenig wählertischen Gegner hinter sich hat, wie die Starcevic-Partei. Die Nationalpartei verlor ihre Selbstberechtigung, als die ungarische liberale Partei zusammengebrochen war; die Revolutionisten gehen an der Waffenbrüderschaft mit der ungarischen Koalition zugrunde.

Die kroatische Krise ist für Oesterreich-Ungarn keine leicht zu nehmende Erscheinung. Die Kämpfe von 1868 bis 1873, die Krise, welche der Schilderaufstand des Jahres 1883 hervorrief, waren gewiß ernster Natur, aber sie fielen unter ganz andere Beurteilung. Was sich damals in Kroatien vollzog, betraf ein nicht nur geographisch, sondern auch politisch eng begrenztes, abgeschlossenes Gebiet. Die früheren Bewegungen in Kroatien waren isolierte, die über Kroatien nicht hinausreichten. Heute ist die Rückwirkung des kroatischen Konfliktes auf die Nationalitäten in Ungarn ganz unverkennbar. Die politische Taktik der Ungarn hat sich in den letzten Jahren wesentlich geändert. Es war eine Kluge und weise Tradition in der denkmalreichen liberalen Ära, die Konflikte nicht zu häufen, sondern den politischen Kampf, wenn er unvermeidlich war, mit einem Gegner aufzunehmen, und zwar dann und dort, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Diese Politik, aus welcher Ungarn so viel Vorteil geschöpft hat, ist heute aufgegeben. Ungarn führt heute gleichzeitig den Kampf gegen Oesterreich wegen der Ausgleichsfrage, den Kampf gegen die Kroaten in der Sprachenfrage, den Kampf gegen die Nationalitäten, welche auch in Ungarn ihre politischen Ansprüche zu stellen beginnen, und im Hintergrund steht der Kampf gegen die pragmatische Untrennbarkeit, und der Kampf um die selbständige nationale Armee, der nur aufgeschoben, nicht aufgehoben ist. In seinen inneren Kämpfen und Konflikten, ja selbst bei Auseinandersetzungen mit Oesterreich, fand Ungarn ehemals seine mächtigste Stütze an der Krone. Der Verlauf des Krönungs Jubiläums hat das Maß der Entfremdung offenbart, welches hier Platz gegriffen hat.

(Telegramm.)

Agram, 27. Juni. Die Demission des Banus Grafen Pasjcevič und das Ende der sogenannten „Volksregierung“ wurde gestern in den Abendstunden bekannt und hat hier allgemeine Konsternierung hervorgerufen, da man in der Ueberzeugung lebte, daß es noch im letzten Moment zu einer Verständigung mit Ungarn kommen werde. In den Kreisen der Koalition herrscht tiefe Depression. Der neue Banus Dr. Alexander v. Rakodczay wird als eine Persönlichkeit bezeichnet, welche die Wiederaufrichtung der unionistischen Partei in Kroatien bewerkstelligen könnte.

### Von der Kieler Woche.

(Telegramme.)

Kiel, 27. Juni. Die Sobarie der Kaiserjacht „Meteor“ entstand durch Springen der Spannschraube am Wasserstang. Die Situation wurde durch die zunehmenden Vöen und durch den hohen Seegang noch kritischer. Der „Meteor“ legte sich nach Nordwest über, so daß sich die Kajüten mit Wasser füllten. Die an Deck befindlichen Herren, darunter die Admirale von Köster und Thomson, sowie die Mannschaften standen bis an die Hüften im Wasser. Ein geringes Hüte zum vollständigen Kentern genügt. Auf der „Hohenzollern“ wurde die Situation sofort erkannt. Die Kaiserjacht löste Rotschiffe, worauf ein Torpedoboot dem „Meteor“ zu Hilfe eilte und ihn ins Schlepptau nahm.

Paris, 27. Juni. Die Korrespondenten des „Figaro“ und des „Gaulois“, die an der Kieler Woche teilnahmen, berichten übereinstimmend, daß Seine Majestät Kaiser Wilhelm die aus Anlaß der Regatta nach Kiel gekommenen Franzosen überaus lebenswürdig behandelt und sie mit Zuverlässigkeit und zorsühnenden Aufmerksamkeiten überhäuft habe.

Kiel, 27. Juni. An Bord des japanischen Kreuzers „Zukuba“ wurde gestern nachmittag eine Festlichkeit veranstaltet, zu der viele Einladungen ergangen waren. Auch Prinz und Prinzessin Heinrich nahmen daran teil. Das Kommando des zweiten Geschwaders der Nordseeflotte hatte für gestern abend die Mannschaften der hier anwesenden beiden japanischen Kreuzer zu einer Festlichkeit geladen, an welcher auch die Mannschaften des zweiten Geschwaders teilnahmen.

Kiel, 27. Juni. Seine Majestät der Kaiser ging heute vormittag an Bord des japanischen Flaggschiffes „Zukuba“ und sah der Vorbereitung eines japanischen Ringkampfes und einem Festen zu. Anwesend war auch der japanische Botschafter. Um 12 Uhr empfing der Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ den Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und die Minister v. Rolke und Dr. Hofle. Zur Frühstückstafel folgte der Kaiser einer Einladung des Großadmirals v. Köster. Heute Morgen um 9 Uhr begann im Kieler Hafen die Regatta für kleine Yachten, um 12 Uhr die letzte Wettfahrt der Sonderklasse.

### Die Haager Friedenskonferenz.

(Telegramm.)

Haag, 26. Juni. Der englische Vorschlag, betreffend die Nachprüfung in Seepräsenangelegenheiten, umfaßt 16 Artikel. Er sieht die Schaffung eines permanenten internationalen Berufungsgerichtes vor, dem die internationale Jurisdiktion bezüglich der Seepräsen obliegen soll. — Der französische Vorschlag, der einen Entwurf über das bei der Eröffnung von Feindseligkeiten zu beobachtende Verfahren enthält, besagt: Die Vertragsmächte anerkennen, daß Feindseligkeiten zwischen ihnen nur nach einer vorausgegangenen und ungewöhnlichen Anknüpfung beginnen dürfen, die entweder die Form der motivierten Kriegserklärung oder des Ultimatus mit bedingter Kriegserklärung haben kann; 2. der Kriegszustand muß den Mächten ohne Verzug mitgeteilt werden.

### Die Wingerunruhen in Südfrankreich.

(Telegramm.)

Paris, 27. Juni. Die Zahl der nach der tunesischen Küste eingeschifften Reuterer des 17. Infanterieregiments beträgt 550, zwei sind während der Reise entflohen. Die Reuterer werden sofort nach ihrer Ankunft in fünf Kompanien eingeteilt, woraus ein Bataillon gebildet wird.

Paris, 27. Juni. Die im Budget nicht vorgesehenen und durch die Vorgänge im Süden veranlaßten Ausgaben belaufen sich augenblicklich auf 3 200 000 Francs. Aus Sparmaßregeln rüchicken und auch aus anderen Quellen heraus soll Picquard die Abhaltung der großen Manöver im Laufe des Septembers und Oktobers im Osten und Süden abgesagt haben. Die Parade wird am 14. Juli voraussichtlich in Paris stattfinden, aber für die Regimenter des Südens, wo Unbotmäßigkeiten ausgebrochen waren, ausfallen.

Montpellier, 27. Juni. Marcellin Albert stellte sich dem Gerichte.

### Zur Lage in Rußland.

(Telegramm.)

Moskau, 27. Juni. In dem Kongreß der Semstwo gelangte eine von dem Bureau des Kongresses entworfene Resolution zur Annahme, die die Notwendigkeit von Reformen betont, aber energische Maßnahmen gegen die Anarchie und gegen revolutionäre Gewalttaten verlangt.

Zifis, 27. Juni. Gestern wurde auf einen von 5 Soldaten und 2 Soldaten eskortierten Wagen, in welchem über 300 000 Rub. von der Post zur Reichsbankfiliale gebracht werden sollten, ein räuberisches Bombenattentat verübt. Als der Wagen den Erwinplatz erreichte, wurde eine mit fürchterlicher Gewalt explodierende Bombe geschleudert. Das auf dem Platze zahlreich anwesende Publikum hob in wildem Schreien auseinander. Um die Verwirrung zu erhöhen, schleuderten die Räuber eine Bombe nach der anderen, die alle mit bedeutendem Knall explodierten. Die Zahl der Opfer ist noch nicht festgestellt. Bisher ist nur bekannt, daß zwei Soldaten getötet und zwei Reichsbankbeamte aus dem Wagen geschleudert wurden. Der Wagen und die Geldsäcke sind spurlos verschwunden. Im ganzen sind acht Bomben geworfen worden. — Ein späteres Telegramm meldet: Bei dem gefrigen Ueberfall auf den Selbsttransportwagen wurden 341 000 Rubel geraubt. In dem durch die Bombe beschädigten Wagen wurde noch ein Paket mit 9500 Rubeln gefunden. Der leicht verletzte Kutscher und mehrere Passagiere wurden verhaftet. Es sind zwei Polizeibeamte getötet und über 50 Personen verwundet worden.

Lodz, 26. Juni. In Koficing bei Lodz überfiel eine Bande von 25 Mann die Fabrik Miller. Das Militär gab eine Salve ab. Es wurden Personen getötet.

### Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 27. Juni.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin trafen heute vormittag halb 10 Uhr aus Schloß Baden hier ein.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing um halb 11 Uhr den Geheimrat Dr. Freiherrn von Babo und um halb 12 Uhr den Präsidenten des Ministeriums

des Innern, Geheimrat Freiherrn von Bodman, zum Vortrag.

Zur Frühstückstafel erschien Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max.

Im Laufe des Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Präsidenten des Finanzministeriums, Geheimrats Bonell, und des Präsidenten des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Geheimrats Freiherrn von Marshall.

Bei der abends 6 Uhr erfolgten Besichtigung der Frau Geheimrat Nicolai war Seine Königliche Hoheit der Großherzog durch Geheimrat Dr. Freiherrn von Babo, Ihre Königliche Hoheit der Großherzogin durch Schloßhauptmann von Stabel vertreten.

Abends gegen 8 Uhr kehrten die Großherzoglichen Herrschaften nach Schloß Baden zurück.

(Landwirtschaftlicher Verein.) Gestern fand hier die erste Sitzung des Vorstandes des „Landwirtschaftlichen Vereins“ statt. Eine große Reihe von Geschäften wurden in längeren Verhandlungen erledigt. Das Wesentliche der gefaßten Beschlüsse wird seinerzeit im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ veröffentlicht werden.

(Ghefredeatteur Heinrich Ziegler †) Ein jäher Tod hat heute früh gegen 8 Uhr den im 42. Lebensjahre stehenden Ghefredeatteur der „Badischen Landeszeitung“, Heinrich Ziegler, mitten aus der Arbeit hinweggerafft. Am Redaktionstisch traf ihn ein Schlaganfall, der seinem Leben in wenigen Minuten ein Ende setzte. Er war ein ruhiger, pflichtgetreuer Mann, dem Arbeit alles war. In ernstem, wissenschaftlichem Studium hat er sich seine politische Ueberzeugung gebildet u. in mannhafter Treue ist er im politischen Kampfe für diese seine Ueberlieferung in Wort und Schrift unentwegt eingetreten. Heinrich Ziegler machte den bekannten Studiengang der württembergischen Stifter durch. In Übungen widmete er sich theologischen und philologischen Studien. Seine journalistische Laufbahn begann er an der „Konstanzer Zeitung“, deren Redaktion er fast ein Jahrzehnt erfolgreich leitete. 1904 wurde er zum Parteisekretär der badischen nationalliberalen Partei berufen und vor wenigen Monaten erst hat er die Redaktion des Parteiorgans übernommen, das, wie die Partei selbst, durch seinen Tod einen schwer zu ersetzenden Verlust erleidet. Dem entgegenkommenden, hilfsbereiten Kollegen, dem schaffensfreudigen und gewissenhaften Journalisten und Politiker, dem nun so früh die Fieber aus der kalten Hand entfiel, werden die Berufsgenossen und viele Freunde ein ehrendes Andenken bewahren.

(Aus der Sitzung der Strafkammer vom 26. Juni.) Vor der Strafkammer kam eine Anklage wegen Urkundenfälschung zur Verhandlung. Die wegen ihres politischen Charakters Auffsehen erregen dürfte. Im März v. J. fanden in Bretten die Erneuerungsarbeiten zum Bürgerausschuß statt. In diesem Wahlkampf standen sich zwei Parteien, die Wretten und die Partei Schmitt, welche die Konservativen, die Antifemiten, die Wöndler und die Mittelstandspartei umfaßt, einander gegenüber. Bei der Wahl siegte die Liberalen. Es erfolgte die Ansetzung der Wahl des in der zweiten Wählerklasse gewählten liberalen Kandidaten, des Maurermeisters Christian Leonhardt. Der Wahlbescheid stützte sich darauf, daß Leonhardt vor 15 Jahren, als er in Karlsruhe ein Baugeschäft betrieb, Konkurs gemacht und seine Gläubiger bis zu seiner Wahl noch nicht befriedigt habe. Leonhardt hatte jedoch niemals Konkurs gemacht, wenn er auch seinerzeit infolge von Unternehmungen, für welche seine finanziellen Kräfte nicht ausreichten, in Zahlungsschwierigkeiten und schließlich in Vermögensverfall geraten war, wodurch eine Reihe seiner Gläubiger eine Befriedigung nicht erfahren konnten. Der Wahlprotest mußte deshalb wieder zurückgezogen werden. Hierauf erhielten mehrere Firmen und Personen, welche von Leonhardt noch Geld zu fordern hatten, Postkarten gleichlautenden Inhalts, auf denen es hieß: „Falls Sie noch Gläubiger des Christian Leonhardt, Maurermeisters hier, sind, können Sie Ihre Guthaben bestimmt erhalten, da Vermögen da ist. Rechtsanwalt Schmitt wird Ihre Forderung eingieken.“ Diese Postkarten waren datiert „Bretten, 21. Juni 1906“ und trugen die Unterschrift von Anhängern der liberalen Partei in Bretten. Eine der Karten, welche an eine Karlsruher, inzwischen aufgelöste Firma gerichtet war, wurde, da der Adressat unaufindbar, nach Bretten zurückgeleitet und kam so in die Hände des angeblichen Abenders, dessen Namen gegen Leonhardt mißbraucht worden war. Die Sache wurde daraufhin angezeigt und nach langwierigen Erhebungen gelang es endlich, zu ermitteln, daß der Uhrmacher Adolf Ddenwald in Bretten und der Privatier Johann Christe, früher in Bretten, jetzt in Stuttgart wohnhaft, die Urheber der geschickelten Tat waren. Ddenwald hatte die Postkarten abgefagt und mit den falschen Unterschriften versehen, und Christe beförderte diese Schriftstücke, deren Inhalt und Zweck ihm wohl bekannt war, zur Post. Dies alles geschah, wie die Verhandlung ergab, mit Wissen des Landtagsabgeordneten und Rechtsanwalts Schmitt. Er hatte dem Ddenwald eine Gläubigerliste des Leonhardt aus dem Jahre 1889, die sich bei den Akten eines von Schmitt vertretenen Gläubigers des Leonhardt befand, zur Verfügung gestellt und diesem so die Adressen verschafft, an welche die geschickelten Postkarten gerichtet wurden. Ddenwald hatte sich heute wegen Urkundenfälschung im Sinne des § 288 R. St. G. B. und Christe wegen Beihilfe hierzu zu verantworten. Beide Angeklagte waren in der Hauptsache geständig. Rechtsanwalt Schmitt wurde in der heutigen Verhandlung als Zeuge vernommen. Er behauptete, weder von einer Gläubigerliste, noch von Weisungen an Ddenwald, noch von der Mahnung an diesen, ihn (Schmitt) ja nicht preiszugeben und über die Sache zu schweigen, etwas zu wissen. Er setzte sich damit in vollständigen Gegensatz zu dem Geständnisse des Angeklagten Ddenwald. Schmitt wurde übrigens, weil er der Urheber der den beiden Angeklagten zur Last gelegten Tat verächtlich erschien, auf Gerichtsbeschuß gemäß § 56 St. W. O. nicht bestraft. Das Gericht verurteilte Ddenwald zu 4 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft, und Christe zu 2 Wochen Gefängnis, verübt durch die Untersuchungshaft.

S. Mannheim, 26. Juni. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Berufszählung zählt Mannheim am 12. Juni d. J. 172 962 Einwohner. Die Zunahme beträgt gegen 1905 10 345 Köpfe oder 6,4 Prozent. Die Einwohnerzahl der Altstadt hat sich in den letzten zwei Jahren um 8518 vermehrt und betrug am Zählungstage 147 285. In den Vororten wurden 23 840 Personen (plus 1827) gezählt. Hier beträgt die Zunahme sogar 7,7 Prozent. — Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner getrigen Sitzung noch die Aufnahme eines vierprozentigen Anlehens im Betrage von 4 Millionen Mark. Die Anleihe ist von einem Mannheimer Konfessionarium zu 98,58 Proz. übernommen worden, ein Kurs, der bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes als sehr günstig bezeichnet werden muß. Bei der Besprechung der Vorlage über die Dienst- und Wohnverhältnisse der städtischen Arbeiter wurde von sozialdemokratischer Seite offen zugegeben, daß mit

der Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit für diejenigen Arbeiterkategorien, deren Beschäftigung außerordentlich gesundheitsgefährdend ist, Preise für die allgemeine Einführung des Achtstündentages in den städtischen Betrieben gelegt werden solle. Unter allseitiger Zustimmung der bürgerlichen Parteien gab daraufhin Oberbürgermeister Dr. Wed die Erklärung ab, daß davon im Stadtrat niemals die Rede gewesen sei. Die etatmäßige Anstellung des Herrn Professor Dr. Walter, des verdienstvollen städtischen Historiographen, wurde ohne Debatte genehmigt. Die Stadtgemeinde will sich in Professor Walter einen ständigen verantwortlichen Berater in allen geschichtlichen, literarischen, künstlerischen und museumstechnischen Angelegenheiten sichern.

**Vom Bodensee, 26. Juni.** Nach der neuesten Volkszählung hat die Bevölkerung der Kreisstadt Konstanz nunmehr eine Höhe von annähernd 30 000 Seelen erreicht. Die größte Fremdenliste von Konstanz weist die Zahl von 540 anwesenden Fremden auf. Die Kurorte des Schwarzwaldes sind von auswärtigen Gästen schon ziemlich gut besucht und für die nächsten zwei Monate wird einer erheblichen Fremdenzunahme dortselbst entgegen gesehen. — Im Kreis Konstanz ist das Baugewerbe zurzeit gut beschäftigt; insbesondere haben die Zimmerleute und Schreiner vollauf zu tun.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Berlin, 27. Juni.** Der bisherige Staatssekretär des Innern, Staatsminister Graf Posadowski, verabschiedete sich gestern früh mit einer Ansprache von den Beamten seines Ressorts. Namens der Beamten widmete ihm der Unterstaatssekretär herzliche Abschiedsworte. Kurz nachher übernahm in gleicher Weise der zum Staatssekretär des Innern ernannte Staatsminister v. Bethmann-Hollweg die Amtsgeschäfte des Reichsamts des Innern und ließ sich die Beamten des Ressorts vorstellen.

**Hamburg, 27. Juni.** Die Bürgerschaft nahm eine Senatsvorlage an, nach welcher derjenige, der für den Unterhalt seiner Familie nicht sorgt, durch Zwangsarbeit in staatlichen Anstalten dazu gezwungen werden kann.

**Wien, 27. Juni.** Seine Majestät der Kaiser ernannte den Erzherzog Friedrich zum Oberkommandanten der Landwehr.

**Paris, 26. Juni.** Senat. In der fortgesetzten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die vorzeitige Entlassung des Jahrgangs 1903, erklärte der Kriegsminister mit Bezug auf die geistige Rede des Generals Langlois, es sei unmöglich, daß Frankreich plötzlich und unvermutet von seinen Nachbarn überfallen werden könne. Trotz der letzten Ereignisse zweifle er nicht an der Festigkeit der Disziplin im Heere, doch machten diese eine Reform der regionalen Aufstellungen erforderlich. Gegebenenfalls würde er von seinem Recht Gebrauch machen und die Gemeinden bei den Fahnen zurückhalten, wenn die Sicherheit des Landes es erfordere. Man möge ihm in Bezug auf den Termin der Entlassung nicht festlegen, sondern ihm eine gewisse Bewegungsfreiheit lassen. Die Vorlage wurde angenommen.

**Paris, 27. Juni.** Kultusminister Briand bereitet einen Gesetzentwurf vor, um die Dekretierung und die Gemeinden von den Lasten zu befreien, die ihnen nach den bisherigen Bestimmungen die Übertragung der Kirchengüter auferlegt; insbesondere soll verhindert werden, daß die Dekretierung und Gemeinden die aus den vorauszuhebenden Prozessen erwachsenden Kosten zu tragen haben.

**Paris, 27. Juni.** Im Exekutivkomitee der radikal-sozialistischen Partei wurde die Gesamtpolitik Clemenceaus von Pelletan heftig angegriffen. Pelletan tadelt insbesondere, daß Ribot ein so großer Einfluß auf die Richtung der Clemenceaus'schen Politik eingeräumt werde. Pelletan sieht den baldigen Sturz des Kabinetts Clemenceaus voraus, sowie dessen Ersatz durch ein gemäßigtes Kabinett Poincaré.

**London, 27. Juni.** Das Unterhaus lehnte gestern mit 315 gegen 100 Stimmen das Amendement des Arbeiterparteilagers Henderson auf Abschaffung des Oberhauses ab und nahm die Resolution der Regierung betr. die Reform des Oberhauses mit 432 gegen 147 Stimmen an. — Das Oberhaus nahm nach zweitägiger Debatte die Territorialarmeevorlage in zweiter Lesung einstimmig an.

**Mexiko, 27. Juni.** Der hiesige Gesandte von Salvador erhielt von Figueron, dem Präsidenten von Salvador telegraphische Nachrichten, daß Nicaragua an der Küste des Stillen Ozeans Kanonenboote in Bereitschaft setze und daß Salvador in Erwartung eines Angriffes seine Kräfte verstärke.

### Verschiedenes.

#### Der Petersprozeß.

**München, 27. Juni.** Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlung des Petersprozeßes erklärt Anwalt Kuhnert, Berlin, welcher im Herbst 1891 an Klimmandscharo Dr. Peters kennen lernte, daß er der Einrichtung des Nordpols als Zuschauer beigewohnt habe. Nach seinem Eindruck war die Einrichtung wohl notwendig wegen der dortigen unsicheren Verhältnisse. Für die Einrichtung der Negerin Jagodja wurden nur ihre Flucht und ihre Konspirationen als Gründe angenommen. Der Zeuge erklärt, damals habe er über das Ausspeitschen und Durchhaken vielerlei geurteilt, jetzt aber, seitdem er eine neue Weise gemacht und die Grausamkeiten der Eingeborenen kennen gelernt habe, urteile er über Dr. Peters gerechter. Er, Kuhnert, würde ebenso streng gehandelt haben; nur durch Strenge könne man die Autorität aufrechterhalten. Verschiedene Sachverständige bestätigen, daß kein Expeditionsführer ohne eine gewisse Strafbefugnis auskomme. Die Prügelstrafe sei auch in der Eingeborenenkultur in Anwendung gewesen. Früher sei auch das Prügeln von Weibern gestattet gewesen, das jetzt verboten sei. Strafen, wie Ketten, Prügel und Hängen, seien in der ganzen arabischen Welt üblich und notwendig. Unter den Sudanese und Maris habe es als ehrenvoll gegolten, die Prügelstrafe ohne einen Laut oder eine Klage zu dulden. Eine bloße Gefangenschaft werde von den Schwarzen nicht als Strafe empfunden. Eingeborene verlangen selbst, daß andere Eingeborene mit Prügel bestraft würden. Auch Vater Acker erklärt, der Schwarze könne nicht ohne den Stachel ertragen werden, aber ein Fehler sei oft, daß die Schwarzen nicht wüßten, weshalb sie geprügelt würden. Bei Lügen und Diebstahl müsse man den Stachel anwenden. Reichstagsabgeordneter Arendt erklärt, seine früheren Besprechungen mit dem Kolonialdirektor Dr. Kayser hätten stets einen freundschaftlichen Charakter getragen. Dr. Kayser habe nach Abschluß der ersten Untersuchung gegen Dr. Peters gewünscht, daß dieser wieder angestellt würde und eine Ordensauszeichnung erhalte. Er habe sich

mehrfach dafür verwendet, und selbst Konzepte für ein Wiederanstellungsgesuch, welches Peters einreichen sollte, geschrieben. Erst später, nach den Angriffen gegen Dr. Peters im Reichstage, habe Dr. Kayser seine Meinung geändert und eine Rede gegen Dr. Peters gehalten, wogegen er (Arendt) bald den Vorwurf der Unwahrheit erhoben habe. Die Fälschung des Tudeubriefes, durch welche allein ein Umschwung in der öffentlichen Meinung hervorgerufen worden sei, sei ein Unbestand gewesen. Bald werde die Zeit kommen, daß man nicht verstehen werde, wie man Dr. Peters so habe in den Schmutz ziehen können, er, der Zeuge, trete für Dr. Peters ein, weil Deutschland diesem seine Kolonie Ostafrika verdanke, und weil nach seiner Ueberzeugung an Dr. Peters ein Justizmord verübt worden sei. In dem Disziplinargerichtshof hätten keine Afrisatenner und Sachverständige gesessen. Der Hauptzeuge gegen Dr. Peters, Leutnant a. D. Bronsart von Schellendorf, sei ungläubig. Eine Wiederaufnahme des Disziplinerverfahrens sei durch das Gesetz ausgeschlossen. Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung befandet nach verschiedenen Feststellungen über die Auffassung, die Major von Wilmann und andere über Dr. Peters hatten, Dr. Schröder - Paggelow aus Berlin, daß Kolonialdirektor Dr. Kayser in Privatgesprächen oft betont habe, daß die ganze größere Kolonialpolitik auf der Arbeit von Dr. Peters beruhe. Magistratssekretär Wilhelm aus Schöneberg, der im Jahre 1891 als Schutztruppenunteroffizier bei Dr. Peters am Klimmandscharo gewesen ist, gibt eine eingehende Schilderung der dortigen Vorkommnisse und erzählt dabei, im sei von schwarzen Soldaten gesagt worden, der Neger Madrud sei hingerichtet worden, obwohl wegen Einbruchs, wie auch wegen Beziehungen zu Stationsweibern. Auch bezüglich der Negerin Jagodja hätten ihm die schwarzen Soldaten erzählt, daß ihre schweren Kettenstrafen sowohl wegen ihrer Flucht, wie auch wegen ihrer Beziehungen zu Madrud verhängt worden seien. Im übrigen sei die Jagodja auch während ihrer späteren Kettenhaft noch geschlagen worden. Hierauf habe er Dr. Peters aufmerksam gemacht. Dr. Peters hält dem Zeugen vor, daß dies gleich nach der ersten Prügelstrafe gewesen sei. Rechtsanwalt Rosenthal hält ebenfalls dem Zeugen vor, daß er früher auch in diesem Sinne ausgesagt habe. Zeuge Wilhelm gibt darauf zu, daß er sich dann bezüglich des Zeitpunktes des Schlagens bei seiner heutigen Aussage geirrt habe. Er gibt ferner zu, daß sein Verhältnis zu Dr. Peters ein nicht besonders gutes gewesen sei. Als er auf eine Expedition gesandt worden sei, sei die Jagodja geknallt worden. Eine allgemeine Anordnung, daß Kettenstrafen wegen eines Mordversuchs zu hängen seien, sei ihm nicht bekannt. Er selber sei niemals von der Notwendigkeit der Einrichtung des Madrud und der Jagodja überzeugt gewesen. Dr. Peters erklärt, daß der Zeuge Wilhelm seine Maßnahmen infolge persönlicher Verstimmung falsch beurteile. Fehr. v. Pömann erklärt, Wilhelm habe sich als den Herrn der Station aufgeführt. Die Ansicht, daß er aus besonderen, geheimen Gründen auf Expeditionen geschickt worden sei, sei unbegründet. Die Negerin Jagodja sei nur ein einziges Mal geschlagen worden. Rechtsanwalt Rosenthal stellt fest, daß Wilhelm zur Zeit der Einrichtung nicht auf der Station war, daß alles, was er vorgebracht habe, auf Vermutungen von Schwarz beruhe. Dr. Peters stellt fest, daß er persönlich bei keiner einzigen Vollstreckung der von ihm am Klimmandscharo verhängten Strafen zugefahrt habe, was alle Zeugen, die dort mit Dr. Peters waren, auch der Zeuge Wilhelm, bestätigen. Die Weiterverhandlung wird auf morgen vertagt.

In der heutigen Sitzung gab der Reichstagsabgeordnete Bebel eingehend Auskunft über die Verhandlungen des Reichstags, betreffend den Fall Peters im Jahre 1896. Aus dem Buch des Dr. Peters habe er, Bebel, den Eindruck gehabt, daß Peters gewalttätig und grausam vorgegangen sei, und er habe dies, sowie den Tudeubrief, der sich später als niemals geschrieben erwies, im Reichstag zur Sprache gebracht. Kolonialdirektor Kayser habe daraufhin ein neues Verfahren gegen Peters angeordnet, der verurteilt worden sei, trotzdem beim Abschluß des Verfahrens bekannt war, daß Bischof Luder den Peters niemals geschrieben hatte. Dr. Peters erklärt, die als Grausamkeit bezeichneten Maßnahmen seien seinerzeit dringend notwendig gewesen. Er ersucht Bebel, doch heute seine Quelle für den Tudeubrief anzugeben. Vater Acker erklärt, daß die Worte „Mit einem Mörder will ich nichts zu tun haben“, die Bischof Luder zugeschrieben wurden, tatsächlich von Bischof Smithies geäußert worden seien. Die weitere Verhandlung dreht sich um Briefe, in denen Peters die Behauptungen von Smithies zurückweist. Zwischen Bebel und Peters kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Peters wirft Bebel fortwährend Entstellung der Tatsachen vor. Als Bebel erklärt, bei der Einrichtung der Negerin hätten sexuelle Motive mitspielt, stellt der Verteidiger Peters fest, daß nach dem Urteil des Disziplinargerichtes sexuelle Motive ausgeschlossen gewesen seien. Bebel erklärt, seine Behauptung gründe sich auf dieselben Quellen, die ihm von dem Tudeubrief geschrieben hätten. Peters erklärt, diese Behauptung, die sich als Lüge erweisen könnte, hätte ihm von Ehre und Stellung gebracht. Bebel habe ihn verleumdet. Der Verteidiger Peters erklärt es für die höchste moralische Pflicht Bebel's, seine Quellen anzugeben. Bebel erklärt, er werde diese unter keinen Umständen namhaft machen.

**Berlin, 26. Juni.** Heute nachmittag brach ein großer Brand in dem „Viktoriapeicher“ genannten Lagerhause in der Köpenickerstraße aus, wo die Berliner Omnibusgesellschaft große Stalungen und Futtervorräte unterhält. Etwa 600 Pferde konnten in Sicherheit gebracht werden. Drei große, vierstöckige Lagergebäude wurden vollständig eingestürzt. Ein Stallmann und ein Knabe wurden vermisst. Das Feuer entzündet vermutlich beim Abladen von Stroh durch Kurzschluß an dem elektrischen Aufzug.

**Berlin, 27. Juni.** Die Ueberreste des Speicherarbeiters Paul Sieg, der bei dem Brande des ViktoriaSpeichers vermisst wurde, sind aufgefunden worden.

**Hamburg, 26. Juni.** Die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Gesellschaft beauftragte die Werft Gahlund und Wolff in Wessau mit dem Bau eines großen Dampfers, der die Abmessungen der neuen Turbinenschiffdampfer der Cunardlinie übertrifft. Das Schiff erhält eine Länge von etwa 785 Fuß bei 88 Fuß Breite und einen Tiefgang von 35 Fuß. Das neue Schiff soll 1910 in Dienst gestellt werden.

**Wien, 27. Juni.** In Strie in Galizien brach während einer Hochzeitsfeier im Partierlokal eines Privathauses die Wölbung des Deckens ein. 30 Gäste stürzten beim Tanzen in die Tiefe; sechszehn wurden schwerverletzt aus den Trümmern herorgezogen; die übrigen erlitten Kontusionen und Verbrennungen.

**Gherbourg, 27. Juni.** Dem „Petit Parisien“ zufolge hatte das Unterseeboot „Sirène“ mit dem Panzerkreuzer „Henty IV.“ einen Zusammenstoß, bei welchem die „Sirène“ beträchtliche Schäden erlitt.

**London, 27. Juni.** „Daily Chronicle“ meldet aus Newhoff vom 26. Juni: Ein Telegramm aus Jamestown in Virginien befragt, daß mehrere große Stiefs, die infolge der Ausstellung mit Gärten überfüllt waren, am frühen Morgen durch Feuer zerstört worden seien. Eine wilde Panik sei aus-

gebrochen. Drei Personen verbrannten, über 2000 konnten sich nur mit knapper Not retten.

**Stockholm, 27. Juni.** Gestern vormittag wurde in einem hiesigen Hotel ein Geldbriefträger bei der Ueberbringung eines Geldbriefes, der auf 150 Kronen lautete, ermordet und um 700 Kronen beraubt.

**Konstantinopel, 27. Juni.** Nach türkischen Blättern sollen in den arabischen Häfen Kausuda, Lohija, Hodeida, sowie Medina Stationen für drahtlose Telegraphie errichtet werden.

**Baltimore, 26. Juni.** Der deutsche Konsul v. Lingen ist gestorben.

### Literatur.

Dr. Richard Sezau: Der Tod im deutschen Drama des 17. und 18. Jahrhunderts (von Sophokles bis zum Sturm und Drang). Bern, A. Franke, 1906. XVI. und 262 S.

In den von Professor Walzel in Bern herausgegebenen „Untersuchungen zur neueren Sprach- und Literaturgeschichte“ ist als 9. Heft eine Arbeit erschienen, die sich als einen sehr wertvollen „Beitrag zur Literaturgeschichte“ darstellt und deshalb nicht, weil der Verfasser geborener Karlsruher ist — auch hier besondere Beachtung verdient.

Aus den Elementen des Dramas greift S. das Todesmotiv heraus, das mit dem Wesen des Dramas so innig verwachsen ist, daß es ihn zwingt, weiter auszuholen und auf die dramatische Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts überhaupt näher einzugehen, ja noch weiter in die psychologische Beschaffenheit jener Zeit hinein, die, vielleicht unter der Nachwirkung der greuelvollen 30 Kriegsjahre, von Wollust und Grausamkeit beherbergt ist, die Kreise seiner Betrachtung zu ziehen. Durch eine Fülle von Beispielen, die uns Respekt vor der gelehrten Arbeit des Verfassers abnötigen, und mit feinsinnigen Hinweisen auf die Einflüsse der Renaissancekunst und ihrer Entartungsercheinungen entrollt uns das Buch ein anschauliches Bild von den verschiedenen Todesarten (Einrichtung, Mord, Selbstmord, Tod im Kampf, natürlicher Tod), denen wir in den blutrünstigen Dramen eines Gryphius, Lohenstein, Weise u. a. begegnen. Andere Kapitel belehren uns über die Vergegenwärtigung des Todes hinter der Bühne, über die Behandlung der Leiche auf der Bühne, über den Tod als Belohnung für gute und als Strafe für böse Taten usw. Es liegt in der Natur des Stoffes, daß nicht alle Abschnitte des Buches einen ästhetischen Genuß gewähren; aber daß es dem Verfasser gegeben ist, sich in die Absichten des Dichters mit feinem Verständnis einzufühlen und so von innen heraus ein Drama zu analysieren, das beweisen z. B. — um eines herauszugreifen — die Ausführungen über Sophokles' „Tod Adams“ (S. 131—138). Auch der Nichtfachmann wird, wenn er Interesse hat für den Entwicklungsgang unseres Dramas und für das Geistesleben früherer Jahrhunderte, manche bereichernde Belehrung und Anregung aus dieser respektablen Erstlingsarbeit schöpfen.

**Bayerisches Verkehrsbuch 1907.** Unlängst ist das vom Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs in München und im bayerischen Hochland (e. V.) herausgegebene Bayerische Verkehrsbuch in 3. Auflage erschienen. Das Schriftchen, das in durchaus unparteiischer und objektiver Weise den Reisenden insbesondere in Bezug auf Unterkunft und Verpflegung im bayerischen Hochland orientiert und das schon beim Erscheinen der ersten beiden Auflagen 1904 und 1905 überall großen Beifall gefunden hat, ist jetzt nicht nur wesentlich erweitert, sondern auch vollständig neu illustriert worden. Der Herausgeber hat es sich angelegen sein lassen, den Teil, welcher Nordbahnen behandelt, gegenüber der letzten Auflage erheblich zu vergrößern. Zahlreiche Illustrationen — freitwillige Beiträge bayerischer Künstler — beleben den Text. Das Bayerische Verkehrsbuch 1907, welches im Kommissionsverlage von Carl Gerber, G. m. b. H., München, erschienen ist, wird der Juni-Ausgabe des Kursbuches der S. V. Staatseisenbahnverwaltung beigegeben und ist durch alle Buchhandlungen, sowie durch die Geschäftsstelle des Münchener Fremdenverkehrsvereins (Hauptbahnhof) zu beziehen.

### Großherzogliches Hoftheater.

#### Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 28. Juni. Abt. C. 71. Ab.-Vorst. „Marie, die Tochter des Regiments“, komische Oper in 2 Akten. Musik von Donizetti. Anfang 7/8 Uhr, Ende 10 Uhr.

**Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 27. Juni 1907.**

Unter Zunahme von Tiefe ist die westlich von Schottland erscheinende Depression bis zur nördlichen Nordsee weitergezogen; die über Skandinavien gelegene ist beschwunden. Hoher Druck hat sich über Mitteleuropa ausgebreitet und weist Skerne über der Vischajee und über Siebenbürgen auf. Das Wetter ist unter dem Einfluß der Depression noch meist trüb, die Temperaturen sind etwas gestiegen. Da die Depression voraussichtlich abziehen wird und eine neue nicht zu folgen scheint, so ist allmählich Aufklärung und damit etwas wärmeres Wetter zu erwarten.

#### Wetternachrichten aus dem Süden vom 27. Juni früh.

Lugano heiter 19 Grad; Warrig bedeckt 16 Grad; Nizza heilt; Triest wolkenlos 25 Grad; Florenz wolkenlos 20 Grad; Rom halbbedeckt 18 Grad; Cagliari wolkenlos 18 Grad; Brindisi heilt.

#### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juni	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in mm	Wind	Himmel
26. Nachts 9 <sup>h</sup> U.	752.9	16.6	9.9	70	SW	I. bewölkt
27. Morgs. 7 <sup>h</sup> U.	754.2	16.9	10.6	74	"	bedeckt
27. Mittags. 2 <sup>h</sup> U.	753.6	23.7	10.8	50	"	heiter

Höchste Temperatur am 26. Juni: 22.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12.8. Niederschlagsmenge des 26. Juni: 0.0 mm.

**Wasserstand des Rheins am 27. Juni, früh: Schutterinsel 3.33 m, gefallen 5 cm; Rehl 3.61 m, gefallen 6 cm; Maxau 5.25 m, gefallen 5 cm; Mannheim 4.96 m, gestiegen 5 cm.**

**Korrespondenz-Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.**  
Druck und Verlag:  
**G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe**

**Kaiser-Borax**

Zum tägl. Gebrauch l. Waschwasser, ein unentbehrliches Toilettemittel, verschönert d. Teint, macht zart u. weisse Hände. Nur echt in roten Cart. z. 10, 20 u. 50 Pf. Kaiser-Borax. Seite 50 Pf. Tola-Selbe 25 Pf. Spezialitäten der Firma Heinrich Mack in Ulm a. D.

Möbelmagazin verein. Schreinermeister, Spezialität:  
e. G. m. u. H., Karlsruhe, Amalienst. 3.

Gediegene Brautausstattungen  
und  
einzelne Möbel in jeder Ausführung.

# KGL. BAD KISSINGEN

Heilbad ersten Ranges ::: Trink- und Badekuren

Kohlensäurereichste  
Solebäder

**Rakoczy**

**Pandur**  
:: Maxbrunnen ::

Mineral-Moorbäder, Gradierwerk

Saison: 15. April bis 31. Oktober

Mineralwasserversand:

Verwaltung der Königl. Mineralbäder, auswärts durch Apotheken und Mineralwasserhandlungen

Prospekte: Kurverein

Telephon 2165

Rucksäcke R 341.4.1  
Gamaschen  
Eispickel  
Steigeisen  
Kletterschuhe  
Kletterseile  
Aluminiumkocher  
Aluminiumbüchsen  
für Proviant etc.  
kompl. Alpine Aus-  
rüstungen.  
Kofferfabrik  
Eduard Müller, Hof.  
Waldstrasse 49.  
Telephon 2165

## Alpirsbach

## Sanatorium Dr. Würz

bei Freudenstadt (Schwarzw.)  
510 m ü. d. M. Das ganze Jahr offen.

für Nerven- u. Innere Krankheiten.  
Diät- u. Entziehungskuren (Alkohol, Morphium).  
Näheres durch Prospekt.

## Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart

Auf Gegenseitigkeit. \*\*\* Gegründet 1875.  
Unter Garantie der Stuttgarter Mit- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft.  
Kapitalanlage über 50 Millionen Mark.

### Haftpflicht-, Unfall- u. Lebens-Versicherung.

Prospekte, Versicherungsbedingungen, Antragsformulare, sowie jede weitere Auskunft bereitwilligst u. kostenfrei durch  
Fr. Hämmerle, Subdirektion in Karlsruhe, Gartenstrasse 56, Teleph. 518. R 24.3.1

Gesamtversicherungsstand  
über 700.000 Versicherungen.

Vertreter aus allen Ständen überall gesucht.

Monatlicher Zugang  
ca. 6000 Mitglieder.

## Praxis-Eröffnung

Habe unterm Heutigen mein Atelier für künstliche  
Zähne und Zahnheilkunde

**26 Amalienstrasse 26**

bei Herrn Hofphotograph Ruf

eröffnet

Gewissenhafte schonendste Behandlung - Mässige Preise

**Albert Günzer**

langjähriger erster Assistent und bisheriger Leiter des Zahn-  
Atelier Häusler

Sprechstunden: 8-12 Uhr und 2-7 Uhr

Grossherzoglicher Hoflieferant

## FRIEDRICH BLOS

F. Wolff & Sohns Detail-Parfümerie

Kaisersstrasse 104 Karlsruhe Ecke der Herrenstrasse.

Fernsprech-Anschluss Nr. 213

empfiehlt reichhaltige Auswahl in allen Preislagen:  
Moderne Schmuck-Gegenstände. Reise-, Leder-, Bronze- und  
Fächer jeder Art. Haushalt-Artikel.  
Feine kunstgewerbliche Gegenstände. Majolika-, Zinn-, Porzellan-, Holz-,  
Phantastie-Möbel, Luxus- und Glas-Waren etc.  
Galanterie-Waren. Toilette-Artikel, Parfümerien, Toilette-Seifen.

Fortwährend Eingang von Neuheiten.

Damen-Kopfwaschen

Damen-Frisieren

Damen-Haarpflege

Damen-Haararbeiten

## Hermann Bieler

223 Kaiserstrasse 223

zwischen Hauptpost u. Kaiserdenkmal

R 375

Grösstes Spezialgeschäft

Zu verkaufen

## Fuchs-Wallach

mit  
tafel-  
lofen Gängen und Beinen, sehr aus-  
dauernd, leicht zu reiten, bei der Truppe  
und Jagden gegangen, sicherer Springer,  
ausgezeichnet s. Mandoverpferd. Preis  
1500 Mark R 196.10.4

Näheres bei Kuischer **Fischer**,  
Carolastrasse 17/19. Mannheim.

## Kanzleihilfenstelle.

Bei dies. Stelle ist für die Zeit  
vom 1. Juli bis 1. Oktober d. J. s.  
eine Schreibhilfenstelle gegen eine  
Vergütung von 250 M. zu besetzen.  
Geeignete Bewerber wollen sich  
unter Vorlage von Zeugnissen um-  
gehend melden. R. 361.

Buchen, den 24. Juni 1907.  
Großh. Bezirksamt.

Gramm.

Bürgerliche Rechtsstreite.

## Konkursverfahren.

R. 357. Nr. 8173 Karlsruhe.

In dem Konkursverfahren über den  
Nachlass des verstorbenen Zimmer-  
meisters **Eduard Schottmüller** hier ist  
zur Prüfung der nachträglich ange-  
meldeiten Forderungen Termin auf  
Donnerstag den 11. Juli 1907,  
vormittags 11 Uhr,  
vor dem Großh. Amtsgericht hier-  
selbst, Akademiestr. 2 A, III. Stod,  
Zimmer 17, bestimmt.  
Karlsruhe, den 21. Juni 1907.  
Müller,  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

## Konkursverfahren.

R. 367. Nr. 5874 IX Karlsruhe.

Über das Vermögen der Firma  
Gement, Asphalt- und Baumateri-  
alien-Geschäft **L. Reiss Radtsch**, Inhaber:  
**Amerbacher** und von **Malotki** hier,

Gerwigstr. 38, wurde heute, am 26.  
Juni 1907, vormittags 10 Uhr, das  
Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **Karl Burger** hier  
wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum  
27. Juni 1907 bei dem Gerichte an-  
zumelden.

Es wurde zur Beschlußfassung über  
die Wahl eines anderen Verwalters,  
sowie über die Bestellung eines Gläu-  
bigerausschusses und Eintretenden-  
fallens über die in § 132 der Kon-  
kursordnung bezeichneten Gegen-  
stände auf

Mittwoch den 17. Juli 1907,  
vormittags 9 Uhr,  
und zur Prüfung der angemeldeten  
Forderungen auf

Mittwoch den 28. August 1907,  
vormittags 9 Uhr,  
vor dem unterzeichneten Gerichte,  
Akademiestr. 2 A, II. Stod, Zimmer  
Nr. 13, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur  
Konkursmasse gehörige Sache in Besitz  
haben oder zur Konkursmasse etwas  
schuldig sind, ist aufgegeben, nichts  
an den Gemeinschuldner zu verabsol-  
gen oder zu leisten, auch die Verpflich-  
tung auferlegt, von dem Bestiz der  
Sache und von den Forderungen, für  
welche sie aus der Sache abgesonderte  
Verpfändigung in Anspruch nehmen,  
dem Konkursverwalter bis zum  
24. Juli 1907 Anzeige zu machen.  
Karlsruhe, den 26. Juni 1907.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
Bruch.

## Konkursverfahren.

R. 380. Konstanz. In dem Kon-  
kursverfahren über den Nachlass  
des Kaufmanns **Ferdinand Wiant** in  
Konstanz ist Termin zur Annahme der  
Schlußrechnung des Verwalters und  
zur Erhebung von Einwendungen  
gegen das Schlußverzeichnis der bei  
der Verteilung zu berücksichtigenden  
Forderungen bestimmt auf:

Samstag den 20. Juli 1907,  
vormittags 8 1/2 Uhr.  
Konstanz, den 22. Juni 1907.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
Bogel.

## Konkursverfahren.

R. 362. Mannheim. Zur gericht-  
lich genehmigten Schlußverteilung in  
dem Konkurs über das Vermögen  
der Firma **R. Arnaboldi & Co.** in  
Mannheim, Inhaber **Memo Arnaboldi**,  
sind 1077,77 M. verfügbar.  
Dabei sind zu berücksichtigen:  
10,94 M. Bevorrätigte,  
5076,47 M. unbeworrätigte  
Forderungsbeträge.  
Mannheim, den 26. Juni 1907.  
Friedrich Bühler,  
Konkursverwalter.

## Schlußtermin.

R. 368. Nr. 4333. Pforzheim.  
Das Konkursverfahren über  
das Vermögen des Schuhhänd-  
lers **Leopold Hotz** in Dill-  
stein betreffend.  
Zur Annahme der Schlußrechnung

des Verwalters und zur Erhebung  
von Einwendungen gegen das Schluß-  
verzeichnis der bei der Verteilung zu  
berücksichtigenden Forderungen ist der  
Schlußtermin bestimmt auf

Dienstag den 23. Juli 1907,  
vormittags 9 Uhr,  
vor dem Amtsgericht hier selbst, II.  
Stod, Zimmer 15.  
Pforzheim, den 25. Juni 1907.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
Baur.

## Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung  
sollen die in Horben belegenen, im  
Grundbuche von Horben zurzeit der  
Eintragung des Versteigerungsver-  
merkes auf den Namen des Engel-  
wirts **Karl Mayer** in Horben ein-  
getragenen, nachstehend beschriebenen  
Grundstücke am

Freitag den 16. August 1907,  
vormittags 9 Uhr,  
durch das unterzeichnete Notariat im  
Rathause zu Horben versteigert  
werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am  
27. Mai 1907 in das Grundbuch ein-  
getragen worden.

Die Einricht der Mitteilungen des  
Grundbuchamts, sowie der übrigen,  
die Grundstücke betreffenden Nach-  
weisungen, insbesondere der  
Schätzungsurkunde, ist jebermann ge-  
statet.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte,  
soweit sie zur Zeit der Eintragung des  
Versteigerungsvermerkes aus dem Grund-  
buche nicht ersichtlich waren, spätestens  
im Versteigerungstermine vor der  
Aufforderung zur Abgabe von Gebö-  
ten anzumelden und, wenn der Gläu-  
biger widerspricht, glaubhaft zu ma-  
chen, widrigenfalls sie bei der Fest-  
stellung des geringsten Gebotes nicht  
berücksichtigt und bei der Verteilung  
des Versteigerungserlöses dem An-  
spruche des Gläubigers und den übrigen  
Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Verstei-  
gerung entgegenstehendes Recht haben,  
werden aufgefordert, vor der Ertei-  
lung des Zuschlags die Aufhebung oder  
einseitige Einstellung des Verfab-  
rens herbeizuführen, widrigenfalls für  
das Recht der Versteigerungserlöses an  
die Stelle des versteigerten Gegen-  
standes tritt.

Versteigerung der zu versteigernden  
Grundstücke:

Grundbuch von Horben Band 1  
Heft 12 Bestandsverzeichnis 1.  
Lgb.-Nr. 98 92 ar 61 qm Hofreite,  
Gausgarten und Wiese mit auf der  
Hofreite stehenden Gebäulichkeiten,  
nämlich einem Pföckigen Rohnhause,  
„Gasthaus zum Engel“, einer Scheuer  
mit Stallung, Futtergang und  
Schopf, einer Waschlade mit  
Nachschubhaus und einer an den  
Schopf gebauter Schweinefaltung.  
Lgb.-Nr. 132 51 ar 45 qm Wald  
im Mühlebuck,  
Lgb.-Nr. 137 1 ha 87 ar 19 qm  
Wiese im Mörlegrund,  
Lgb.-Nr. 156 80 ar 78 qm Acker  
im Weiberacker,  
Lgb.-Nr. 161 1 ha 28 ar 17 qm  
Acker und Wiesfeld im Althaus,  
zusammen das geschlossene Hofgut  
„zum Engel“ bildend, und ohne Zu-  
behör geschätzt zu . . . 60.000.- M.  
mit Zubehör geschätzt  
zu . . . 66.096,50 „  
Das Anwesen „zum Engel“ ist als  
Lustfuchhotel und lohnender Ausflugs-  
punkt Pforzheim rühmlichst bekannt.  
Pforzheim, den 15. Juni 1907.  
Großh. Notariat Pforzheim VI  
als Vollstreckungsgericht.

## I. Ankündigung.

Infolge richterlicher Verfügung  
werden im Rathause zu Dieblingen am  
1. August 1907,  
vormittags 8 Uhr,  
die nachverzeichneten Liegenschaften  
des **† Jakob Krämer**, Landwirt

in Dieblingen, öffentlich versteigert,  
wobei der endgültige Zuschlag erfolgt,  
wenn der Schätungspreis oder mehr  
geboten wird.

## Versteigerung der Liegenschaften:

Gemarkung Dieblingen.

Lgb.-Nr. 6012 6 a 14 qm  
Acker in den Langenäckern 140 M.

Lgb.-Nr. 7524 7 a Wiese im  
Altenloch . . . 15 „

Lgb.-Nr. 15009 3 a 74 qm  
Acker in der Stelle . . . 20 „

Lgb.-Nr. 16719 3 a 33 qm  
Wiesen in der Mann . . . 10 „

Lgb.-Nr. 7525 4 a 40 qm  
Acker im Altenloch . . . 10 „

Lgb.-Nr. 9161 4 a 04 qm  
Weinberg im Kempfbuch . . . 20 „

Lgb.-Nr. 9091 4 a 14 qm  
Weinberg im Kempfbuch . . . 20 „

Lgb.-Nr. 6425 2 a 59 qm  
Acker im Narrenberg . . . 15 „

Lgb.-Nr. 13711 4 ar 67 qm  
Acker im Althenbuch . . . 20 „

Lgb.-Nr. 11265 4 a 32 qm  
Acker in der Södenach . . . 10 „

Lgb.-Nr. 16006 4 a 93 qm  
Wiesen im Schelmenwald 30 „

Lgb.-Nr. 15014 8 a 1 qm  
Acker in der Stelle . . . 40 „

Lgb.-Nr. 12686 1 a 65 qm  
Wiese in der Winterhelde,  
18 qm Cebung in der  
Winterhelde . . . 2 „

Lgb.-Nr. 12737 2 a 2 qm  
Wiese in der Winterhelde,  
18 qm Cebung in der  
Winterhelde, Lgb.-Nr.  
12763 1 a 90 qm Wiese  
in der Winterhelde . . . 3 „

Lgb.-Nr. 1569 3 a 66 qm  
Weinberg in der Sommer-  
helde, 28 qm Cebung in  
der Sommerhelde . . . 35 „

Lgb.-Nr. 11711 4 a 43 qm  
Acker in der Gauschelde . . . 40 „

Lgb.-Nr. 6384 3 a 44 qm  
Acker im Narrenberg . . . 25 „

Gesamtzuschätzung 460 M.  
Pforzheim, den 24. Juni 1907.  
Der Vollstreckungsbeamte:  
Huber, Notar.

## Geräte-Versteigerung.

Wir versteigern am Montag den  
8. Juli d. J. s. im Gerätschaften-  
magazin (Eingang Rüppurrverträge)  
vormittags halb neun Uhr öffentlich  
gegen Barzahlung.

Versteigerte abhängige Geräte, als:

Wäschekäbe, Aufsteigritte, Bett-  
stellen, Bänke, Dedeln, Erdhölzer,  
Fahnen, Karren, Wagen, Kisten,  
Körbe, Möbel, Lampen, Laternen,  
Ledertaschen, Lederfuttermale, Lei-  
tern, Matrassen, Mehlkasten, Stemp-  
elstühle, Stühle, Schäfte, Tische,  
Heberzeuge, Uhren Vorhänge, Des-  
Wagen, Winden u. f. m.  
Karlsruhe, den 23. Juni 1907.  
Großh. Verwaltung  
der Eisenbahnmagazine.

## Tarife für den Güterverkehr

der badisch-schweizerischen  
Ubergangsstationen mit der  
Schweiz.

Auf 15. Juli 1907 wird zum  
schweizerischen Ausnahmetarif Nr. 6  
für Getreide ufw. vom 1. Juli 1904  
ein Nachtrag V und zum Ausnahme-  
tarif Nr. 20 für den Transport von  
Steinbohlen und Steinbohlenbristels  
vom 1. Juli 1904 ein Nach-  
trag IV ausgegeben. — Nähere  
Auskunft erteilen die Dienststellen  
und unser Verkehrs-Bureau. R. 366.  
Karlsruhe, den 26. Juni 1907.  
Großh. Generaldirektion  
der Staatseisenbahnen.

Die Entfernungen und Frachttarife  
für den Verkehr mit den badischen  
Stationen Hinterzarten, Hölzlebrud,  
Lahr Stadt, Neustadt i. Schwarzwald  
und Liffee werden mit Gültigkeit  
vom 1. Juli 1907 ermäßigt. R. 365.  
Karlsruhe, den 21. Juni 1907.  
Großh. Generaldirektion  
der Badischen Staatseisenbahnen.